

## Protokoll der 17. öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 25. April 2007

**Beginn:** 15:00 Uhr  
**Ende:** 16:35 Uhr  
**Ort:** Großer Festsaal der Kreisverwaltung Bad Doberan

**Anwesenheit:**

Von den 53 Mitgliedern des Kreistages waren 38 Mitglieder anwesend, 13 Mitglieder fehlten entschuldigt (Manfred Bockholt, Werner Blume, Klaus Burzlaff, Wilhelm Chmiela, Roland Dethloff, Diethelm Hinz, Uwe Jablonski, Heidi Kleinau, Elfie Krüger, Erhardt Liehr, Ursula Noak, Paul Schlutow, Knut Wiek) und 2 Mitglieder fehlten unentschuldigt (Wolfgang Gulbis, Peter Stein)  
An der Sitzung nahmen ca. 15 Bürger als Gäste teil.

**Zu TOP 1.:**

**Eröffnung der 17. Sitzung des Kreistages Bad Doberan und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**Herr Prof. Dr. Panicke** begrüßte alle Kreistagsmitglieder sowie Gäste und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Danach gratulierte **der Kreistagspräsident** den Mitgliedern des Kreistages, die zwischen der 16. und 17. Sitzung Geburtstag hatten. Nachträgliche Geburtstagsglückwünsche übermittelte er Herrn Polzin, der am 18. 03. 2007 seinen 50. Geburtstag beging.

Der **Kreistagspräsident** gab bekannt, dass den Kreistagsmitgliedern die Aufstellungen der Ausschüsse des Kreistages bzw. des Landkreises übergeben wurden.

15:05 Uhr – Ab diesem Zeitpunkt nahm Herr Marklein an der Sitzung teil.

**Herr Waldschläger** meldete sich zu Wort und beantragte, den Tagesordnungspunkt 8 im nichtöffentlichen Teil - Grundstücksangelegenheiten - von der Tagesordnung abzusetzen. Er begründete seinen Antrag damit, dass der Haushalts- und Finanzausschuss bei der Beratung über die Grundstücksangelegenheit nicht einbezogen wurde und die Höhe des Verkaufswertes über 100.000 € liegt. Durch die Nichteinbeziehung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde nach seiner Auffassung gegen die §§ 9 und 17 der Hauptsatzung verstoßen. Mit Schreiben vom 22.03.2007 hatte der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses die geplante Sitzung vom 28.03.2007 abgesagt, weil nur über einen Tagesordnungspunkt zu beraten gewesen wäre.

**Der Kreistagspräsident** ließ darüber abstimmen, ob der Tagesordnungspunkt 8 abgesetzt werden soll. 13 Kreistagsmitglieder stimmten dafür, den TOP 8 abzusetzen, 21 dagegen, 1 Kreistagsmitglied enthielt sich der Stimme. Somit blieb TOP 8 Bestandteil der Tagesordnung.

Anschließend ließ der **Kreistagspräsident** über die Tagesordnung abstimmen. Die Kreistagsmitglieder stimmten mit 2 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen nachfolgender Tagesordnung **mehrheitlich** zu:

1. Eröffnung der 17. Sitzung des Kreistages Bad Doberan, Bestätigung der Ladungsfristen und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung des Protokolls der 16. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 28.02.2007
3. Bericht des Landrates
4. Bericht des Vorsitzenden des Vorstandes der OstseeSparkasse Rostock, Herrn Frank Berg, zum Stand und zur künftigen Entwicklung der OSPA
5. Veränderung des Schulnamens des Sonderpädagogischen Förderzentrums Graal-Müritz
6. Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung des Landkreises Bad Doberan
7. Beschluss zur gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle mit der Hansestadt Rostock und dem Landkreis Güstrow

## Nichtöffentlicher Teil

### 8. Grundstücksangelegenheiten

#### Zu TOP 2.:

#### Bestätigung des Protokolls der 16. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 28.02.2007

Das Protokoll der 16. Sitzung des Kreistages Bad Doberan vom 28.02.2007 wurde **mehrheitlich bestätigt**.

#### Zu TOP 3.:

#### Bericht des Landrates

Der Bericht des Landrates liegt schriftlich im Informationsbüro vor.

#### Schwerpunkte des Berichtes:

- Jahresrechnung 2006
  - Positiver Abschluss des Haushaltsjahres 2006
  - Erwirtschaftung eines Überschusses von 1,5 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt, dadurch wurde kein Einsatz der kompletten allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes erforderlich
  - Die Kredithöhe konnte auf 1,6 Mio. Euro durch den möglichen Einsatz von Mitteln aus der Allgemeinen Rücklage reduziert werden
  - 400.000 Euro verblieben in der Allgemeinen Rücklage
- Aufbaustab Rostock – Güstrow – Bad Doberan
  - Nach der konstituierende Sitzung am 25.07.2006 wurden drei weitere Sitzungen durchgeführt.
  - Es wurde die Bildung von fünf Arbeitsgruppen beschlossen, Nennung, womit sich die AG's beschäftigen: „Personal / Organisation“ ; „Liegenschaften/Finanzen,„; „IT/EDV“; „Rettungsdienst“ und „Recht“ wurden bis 03.04. 2007gebildet. Am 02. 05. wird der Aufbaustab u.a. über „die Verknüpfung der bestehenden Nahverkehrssysteme im zukünftigen Großkreis“ beraten.
  - 10 Beschlüsse wurden bisher gefasst. Ein ganz bedeutsamer Beschluss ist die Forderung des Aufbaustabes, zusätzliche finanzielle Belastungen für den künftigen Großkreis Mittleres Mecklenburg-Rostock durch die Kreistage Güstrow und Bad Doberan sowie die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock nicht zuzulassen.
  - Die Sitzungen des Aufbaustabes finden künftig monatlich statt.
- Stand der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr – (G8-Gipfel in Heiligendamm)
  - Die Berichterstattung über den Stand der polizeilichen Vorbereitungen am 31.01.2007 durch Herrn Abramowski vor dem Kreistag
  - Der Landkreis ist zuständig für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr
  - G8 erfordert enges Zusammenwirken der beiden betroffenen Landkreise Güstrow und Bad Doberan sowie der Hansestadt Rostock (Vereinbarung im gemeinsamen Einsatz- und Führungskonzept –bildet wichtigste Grundlage für das Handeln)
  - Alle geplanten internen Brandschutz- und Rettungsdienstkräfte sind mit ihren Vorbereitungen im Zeitplan und haben mögliche Einsatzbereitschaft signalisiert.
  - Einweisungen, Kontakt- und Planungsgespräche wurden durchgeführt.
  - Abstimmung auf allen Ebenen finden statt – gemeinsamer Einsatz von drei Gebietskörperschaften.

Was erwartet uns Anfang Juni?

- Die Situation auf unseren Straßen im Gipfelzeitraum wird extrem angespannt sein.
- Diverse Aktionen zielen darauf, den Verkehr vollständig zum Erliegen zu bringen.
- Einflussnahme erfolgte durch Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes mit der besonderen Aufbauorganisation „ Kavala “ und dem Land, um dem entgegen zu wirken.

- Der Landrat bittet um Verständnis für die Beeinträchtigungen, die in diesem Zeitraum auftreten können.
- Eine abschließende Auskunft zur Schülerbeförderung ist zurzeit noch nicht möglich.
- Bürgertelefon der Polizei steht den Bürgern für Anfragen bereits seit längerem zur Verfügung.
- Ab 21. Mai 2007 wird es ein gemeinsames Bürgertelefon der Gebietskörperschaften und der Polizei geben.
- Vorteil: Der Bürger braucht sich nur eine Telefonnummer zu merken.  
Der materielle und personelle Aufwand der einzelnen Beteiligten wird reduziert.  
Polizeirelevante Fragen werden sofort weitergeleitet und umgekehrt.
- Voraussichtlich wird ab 29. Mai 2007 das Bürgertelefon rund um die Uhr besetzt sein.
- Viele Fragen werden noch zu klären und die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren sein.
- Landrat äußerte den Wunsch nach einen Gipfelverlauf, der in erster Linie von Demokratie und Toleranz geprägt ist, damit auch nach dem 08. Juni ein gastfreundliches Bild aus dem Landkreis Bad Doberan in die Welt hinausgetragen wird.

### **Anfragen:**

**Herr Eppler** fragte nach der finanziellen Unterstützung der Gemeinden bei der Beseitigung von illegalem Müll durch den Landkreis.

**Der Landrat** teilte mit, dass der Kreis für den Zuständigkeitsbereich einige Mittel in den Haushalt eingestellt hat, diese aber beim „Müll-Weg-Tag“ aufgebraucht wurden. Er wies aber auch auf die Zuständigkeit der Gemeinden hin, die etwas tun müssen und auch dafür Mittel vorhanden sein müssten. Über mögliche Umschichtungen von Mitteln konnte der Landrat noch keine Aussage treffen, vielleicht ist er in der Lage auf dem nächsten Kreistagssitzung eine Lösung zu präsentieren. Der Haushalt, der im Mai genehmigt werden soll, lässt vielleicht auch noch etwas Handlungsspielraum.

**Herr Hünecke** erkundigte sich nach der Verbindlichkeit der Beschlüsse des Aufbaustabes, z. B. keine zusätzlichen finanziellen Belastungen zuzulassen.

**Der Landrat** antwortete, dass die Gebietskörperschaften aufgefordert wurden, in ihren Gremien zu beschließen, keine weiteren zusätzlichen Belastungen für den neuen Großkreis zuzulassen. Dies ist der Wunsch und das Anliegen des Aufbaustabes. Die beiden Kreistagspräsidenten und die Präsidentin der Bürgerschaft wurden darüber in Kenntnis gesetzt. Inwieweit sie sich daran halten, ist Sache der Kreistage und der Bürgerschaft. Er wies darauf hin, dass die Lasten dann gemeinsam mit den Gemeinden im neuen Kreis zu tragen sind; deshalb dieser Beschluss.

**Frau Schwebs** fragte, ob die ihr vorliegende Information richtig ist, dass während des G8-Gipfels die regionale Zugverbindung von Rostock nach Wismar eingestellt oder eingeschränkt wird.

**Der Landrat** antwortete, dass die Deutsche Bahn AG diesen Gedanken geäußert hat und sich damit trägt. Wenn die Deutsche Bahn AG diesen Beschluss fassen sollte es ist ausschließlich deren Sache, dann wird Ersatzverkehr durch die „Küstenbus“ organisiert, inwieweit dies zur Entspannung beitragen wird, konnte der Landrat nicht sagen.

### **Zu TOP 4.:**

#### **Bericht des Vorsitzenden des Vorstandes der OstseeSparkasse Rostock, Herrn Frank Berg, zum Stand und zur künftigen Entwicklung der OSPA**

**Herr Berg** gliederte seinen Bericht in 3 Schwerpunkte:

1. Historie
2. Zahlen, Umfang und Leistungsfähigkeit des Unternehmens
3. Ausblick

Einigen Angaben dazu:Zu:1.

Die OSPA ist 1994 entstanden aus 5 damals eigenständigen Sparkassen (Bad Doberan, Hansestadt Rostock, Bützow, Güstrow und Teterow).

Zu: 2.:Die OSPA Rostock verfügt derzeit über:

3,2 Mrd. Euro Bilanzsumme.; 2,4 Mrd. Euro Kundeneinlagen; 2,0 Mrd. Euro Kreditgeschäft; 300.000 Kunden; 168.000 Privatgirokonten; 42 Geschäftsstellen; 88 Geldautomaten; 816 Mitarbeiter, nicht Stellen (durch Teilzeitmodelle); 600 Stellen in der Gesamtgruppe OSPA- und Tochtergesellschaften, Teilzeitquote liegt deutlich über 35 %.

Die Sparkassenbilanz wurde anhand von drei wesentlichen Kennzahlen und auf Basis einer Unternehmensbilanz dargestellt:**Im Jahr 2006**

- OSPA hat 2006 ein Umsatz in einer Größenordnung von 178 Mio. Euro realisiert und hat daraus ein operatives Ergebnis von 44 Mio. Euro verdient. Vor dem Hintergrund Risikovorsorge und Steuern verblieben dann zur Stärkung der Reserven und des Kapitals 15,1 Mio. Euro. Damit ist die Sparkasse in M-V, insbesondere was das operative Ergebnis betrifft, die beste und erfolgreichste Sparkasse im Bundesland und sortiert sich im Bereich des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes im oberen Bereich ein.

Stärke der vergangenen Jahren:

Aus der sehr kostenorientierten und effektiven Unternehmung resultiert eine gute Gewinn- und Ertragssituation des Unternehmens. In den 13 Jahren des Bestehens des Unternehmens wurden 840 Mio. Euro in die Region in Form von Konsum, Spenden, Steuern, Sponsoring u. a. investiert. Das betrifft Personalkosten, 135 Mio. Euro Körperschafts- und Gewerbesteuern, die in den 13 Jahren gezahlt wurden sowie 120 Mio. Euro Investitionen. Stabile Arbeitsplätze werden weiterhin im Geschäftsgebiet zur Verfügung gestellt und der Konsum in einem gewissen Umgang durch die OSPA aufrechterhalten.

2006 wurden:

- 1000 neue Baufinanzierungen zur Verfügung gestellt mit einem Gesamtzusagevolumen von ca. 75 Mio. Euro.
- 340 Vereine wurden durch die OSPA finanziell begleitet wie z. B. die Übergabe der PS-Zweck-Lotterie-Erträge.

Durch die historische Entwicklung ohne Druck durch bevorstehende strukturelle Veränderungen – ist das Unternehmen sehr stabil aufgestellt und ein kostenorientiertes Unternehmen. Die OSPA kann sich dadurch den weiteren Herausforderungen stellen.

Zu 3.:Ausblick

- extremes Weiterarbeiten an der Kundenorientierung des Unternehmens
- Einführung gebührenfreier Girokonten im Bereich der Onlinenutzung seit März 2007 als eine der ersten und eine der wenigen Sparkassen in ganz Deutschland
- überraschend große Akzeptanz bei den Kunden mit über 16.000 Kunden, 10 % des Gesamtgirobestandes
- Gebührenfreie Girokonten sind nicht möglich ohne erhebliche strukturelle Veränderungen, die hätten den Abbau von Mitarbeitern und die Schließung von Geschäftsstellen zur Folge
- Veränderungen im Bereich Bad Doberan: - Zum 01.07.2007 wird der Mitarbeiterbestand um 30 Mitarbeiter in Bad Doberan aufgestockt. Diese werden nicht in der Geschäftsstelle tätig sein, sondern werden dort die Grundlage für eine zukünftige Kreditfabrik bilden, die zum 01.10.2007 die Mitarbeiter übernehmen wird und hoffentlich in einer Perspektive von zwei bis drei Jahren diesen Bestand von Mitarbeitern auf 80 - 90 ausbauen wird.

**Herr Hünecke** bat um Erläuterung des Begriffes „Kreditfabrik“.

**Herr Berg** informierte darüber, dass Sparkassen und die Banken insgesamt, aber insbesondere auch die rechtlich selbständigen sehr regionalausgerichteten Sparkassen fabrikähnliche Prozesse benötigen. Sparkasse, dass sind nicht nur die Mitarbeiter in der Geschäftsstelle, sondern auch die Mitarbeiter, die im hinteren Bereich arbeiten und dafür sorgen, damit die Mitarbeiter in der Geschäftsstelle ihre Geschäfte abwickeln können. Es wird 24 Stunden im Schichtsystem in bestimmten Bereichen gearbeitet. Dies merkt der Kunde nicht, es findet aber fabrikationsmäßig tatsächlich statt. Wenn die Sparkasse in diesem Bereich nicht industriell wird, dann wird sie keine Wettbewerbsfähigkeit mehr haben. Es wurde ein Bereich ausgelagert mit der Themenvielfalt Marktfolge „Kreditgeschäft“ mit allem was hinter dem Kunden in bestimmten Bereichen geschieht, der fabrikationsähnlichen Zustände haben wird bzw. schon hat.

**Herr Prof. Dr. Kauffold** erkundigte sich nach der Aussagefähigkeit von Herrn Berg zur Anzahl der Unternehmensneugründungen und zur Kreditnachfrage sowie zur Bereitstellung von Mitteln der OSPA zur Unterstützung der Kultur und der Entwicklung im Kreis.

**Herr Berg** teilte mit, dass er im Bereich der Neugründung nicht aussagefähig ist, aber aus der historischen Entwicklung konnte er mitteilen, dass die OSPA in den vergangenen Jahren durchschnittlich 300 – 500 Existenzgründer begleitet hat. Es wird immer weniger, nicht was das Antragsverhalten betrifft, sondern die Umsetzbarkeit.

Zur Kreditnachfrage konnte Herr Berg einschätzen, dass die Menge und die Qualität der Anträge spürbar steigt. Die OSPA geht davon aus, dass sie im Geschäftskunden- und Firmenkundenbereich in diesem Jahr 50 Mio. Euro neues Kreditvolumen ausreichen wird. Im I. Quartal wurden bereits 17 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Pro Jahr stellt die OSPA ca. 700 000 Euro für Kultur, Soziales, Sport u.a. zur Verfügung. Die OSPA steht immer zur Verfügung, wenn sie der Überzeugung ist, dass es für die Kunden und die Region gut ist. Über die OSPA- Stiftung werden außerdem jährlich ca. 100.000 Euro für soziale Zwecke, Kultur, Jugend, Sport ausgereicht. Jedes Jahr wird zu einem Projekt aufgerufen: wie Schulprojekt, Musik- und Spielmannszüge, Heimatverbundenheit und Traditionspflege. Dies ist nicht nur Selbstzweck, sondern auch Mittel zum Zweck. Zu einer Region und zu ihrer vernünftigen Entwicklung gehören Kultur sowie die Unterstützung von sozialen und gemeinnützigen Einrichtungen.

**Herr Bandlow** stellte die Frage, warum die OSPA nicht in der Lage ist, für jedermann ein gebührenfreies Girokonto zu führen, nicht alle können Online gehen.

**Herr Berg** antwortete, die OSPA wäre in der Lage, für jedermann ein gebührenfreies Girokonto zu führen, dann wäre aber die Erreichbarkeit der Geschäftsstellen nicht mehr gewährleistet. Von den 42 bestehenden Geschäftsstellen müssten dann 20 geschlossen werden und etwa 1/3 der Mitarbeiter entlassen werden. 1990 wurde der Sparkasse die Aufgabe gestellt, viel zu investieren, Mitarbeiter einzustellen und Geld zu verdienen. Dies muss alles bezahlt werden. Die 840 Mio. Investitionen in die Region haben ihren Preis, z. B. Kontoführungsgebühren. Jede Sparkasse in Deutschland kann es sich nicht leisten, auf ein Großteil der Gebühren zu verzichten, weil der Kostenblock nicht so wie der der Sparda-Bank ist. Diese haben im Geschäftsgebiet nur 4 Geschäftsstellen, die OSPA hat 42. Eine betriebswirtschaftliche Berechnung lässt das in dieser Form nicht zu; logistisch, prozessual und organisatorisch wäre die OSPA aber in der Lage dazu. Der Kunde sollte die Geschäftsstelle in einer Entfernung von x-Kilometern jederzeit erreichen können, aber eine Geschäftsstelle kostet 4,50 pro Monat Kontogebühren.

**Der Kreistagspräsident** stellte die Frage nach der Sicherheit der OSPA, hinsichtlich der Fusion der großen Banken zur Erhöhung der Schlagkraft und der individuellen Sicherheit betreffs des unberechtigten Zugangs zu Konten der OSPA.

**Herr Berg** antwortete, dass hinsichtlich der großen umfangreichen Sicherheit - Selbständigkeit und Erhalt des Unternehmens – was die Sparkassenstruktur betrifft, im Moment für Mecklenburg-Vorpommern eine ansprechende und betriebswirtschaftlich sinnvolle Größe haben. Durch die Kreisgebietsreform werden sich zwangsläufig 3 ähnlich große Sparkassen bilden werden. Mecklenburg-Vorpommern wird mit großer Wahrscheinlichkeit nach der Gebietsreform sicherlich 4 Sparkassen in einer Größenordnung von je ca. 3 – 3,5 Mrd. Euro haben. Die Sparkassen insgesamt müssen sich zukünftig deutlich verändern. Das Unternehmen OSPA an sich hat derzeit eine gute Struktur und Größe, so dass die Sicherheit und der Standort des Unternehmens nicht gefährdet sind.

Individuell: Datenschutz, Sicherheit in den Banken nehmen einen immer größeren Stellenwert ein. Die Sparkasse muss eine Sicherheitspolice aufstellen. Sie muss eine IT- und Sicherheitsstrategie haben. Sie muss sich davor schützen, dass Menschen in Systeme eindringen können. In der individuellen Sicherheit ist die OSPA gut ausgestattet. Vor menschlichem Versagen und krimineller Energie in Größenordnungen ist man nie gefeit.

16:00 Uhr – Zur Bürgerfragestunde wurde die Sitzung des Kreistages unterbrochen.

**Herr Robert Schossee aus Teschendorf** stellte folgende Fragen:

1. Wie ist es möglich, dass ein Antrag des Amtes Carbak hier ein halbes Jahr verschwindet? Es handelt sich um den Antrag der Versetzung des Ortseingangsschildes. Haben Sie das mal untersucht? Dann ist dieser Antrag ja abgelehnt worden, sehr kurzfristig.
2. Stellt sich dann die Frage nach dem Schreiben von Frau Rothenberger, warum ist das genau gegensätzlich zu den ganzen Schreiben, die ich von Herrn Dr. Kraatz erhalten habe?  
Frau Rothenberger spielt es herunter, es ist ja kaum Verkehr und es ist nicht nötig, nicht möglich zu messen. Und Herr Dr. Kraatz hat im Prinzip Teileinziehung und alles was möglich ist, abgelehnt, wegen der hohen Bedeutung, wie er mir ja schriftlich mitgeteilt hat. Aus diesem Schriftverkehr ziehe ich den Schluss, Sie können diese Geschwindigkeit nicht messen, diese 30 km/h und wollen es auch nicht. Die provisorische Lösung, die Sie der Bürgerbeauftragten zugesagt haben, durch wen weiß ich jetzt nicht, falls es nicht zu der Umgehung kommt, wie weit sind Sie damit?
3. Wenn Sie immer behaupten es ist kein Geld da, wie ist es möglich, dass Sie die laufenden Mehrkosten, auch für den G8-Gipfel, aus dem laufenden Haushalt bewilligen können?

**Der Landrat** teilte mit, dass die Fragen schriftlich aufgenommen wurden und auch schriftlich beantwortet werden.

16:05 Uhr - Ende der Bürgerfragestunde

Die Kreistagssitzung wurde fortgesetzt mit dem Tagesordnungspunkt 5.

**Zu TOP 5.:**

**Veränderung des Schulnamens des Sonderpädagogischen Förderzentrums Graal-Müritz**

**Der Kreistagspräsident** ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss-Nr. 152 – 17/2007**

**Der Kreistag stellt das Einvernehmen für folgenden Schulnamen her,  
„Sonderpädagogisches Förderzentrum „Am Meer“ Allgemeine Förderschule mit  
Schulteil zur individuellen Lebensbewältigung“.**

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **mehrheitlich zu**.

**Zu TOP 6.:**

**Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung des Landkreises Bad Doberan**

**Herr Gerth** brachte die Vorlage ein und informierte darüber, dass der Grund für eine Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung die Einführung des Informationsfreiheitsgesetzes ist. Der Landkreis lehnt sich bei den Gebühren nach dem Informationsfreiheitsgesetz an die des Landes an und hat sie in die Verwaltungsgebührensatzung eingearbeitet.

**Herr Dr. Kischel** äußerte, dass seine Fraktion einige Vorbehalte gegen die Kostenfestsetzung im Punkt 4 der Anlage 1 hat.

Vorab müsste geklärt werden, ob es überhaupt noch gleiche Tatbestände sind, wenn die Anfrage zu einer die Landesverwaltung oder zu einer die Kreisverwaltung tangierenden Thematik erfolgt.

Anstoß nimmt die Fraktion auch an den weitläufigen Korridoren der ausgewiesenen Gebührensätze, die zwischen 5 und 100 Euro oder 10 bis 1.000 Euro liegen.

Allein die Unterschiede in den Gebührensätzen in den Punkten 4.1.1. und 4.1.2. erschienen der Fraktion fragwürdig. Wenn ein Anfragender z. B. 20 Euro bezahlen muss, dann lässt sich das sowohl mit 4.1.1. als auch mit 4.1.2. begründen.

Es stellen sich die Fragen:

- Wie umfangreich muss ein schriftliche Antwort sein, die 150 Euro kostet?
- Was ist ein „außergewöhnlicher Vorbereitsaufwand“?
- Wenn z. B. ein Bürger an eine Abteilung gerät, die evtl. Nachholbedarf bei der Aktenarchivierung hat, was für die gewünschte Auskunft ein längeres Suchen erfordert, ist dass dann „außergewöhnlicher Vorbereitungsaufwand“ und vom Bürger zu bezahlen?

Die Gebührenhöhe darf nicht gegen das kommunal abgabenrechtliche Äquivalentsprinzip verstoßen. Dieses verlangt, dass zwischen der Leistung der Verwaltung und der Gebühr kein grobes Missverhältnis bestehen darf. Die Fraktion Die Linke.PDS war der Meinung, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Punkt 4 der Anlage 1 nicht eingehalten wird.

**Herr Dr. Kischel** zitierte den § 4 des KAG, Abs. 2, Satz 1: „Die Gebührensätze sind nach festen Merkmalen zu bestimmen“.

„Unsere Fraktion ist der Auffassung, dass „umfangreich“ und „außergewöhnlich“ oder „deutlich höherer“ keine festen Merkmale darstellen. Wir meinen, dass mit diesen unbestimmten Begriffen und den Spannbreiten der Gebührensätze bei Auskunftsinteressierten eher Überlegungen impliziert werden sollen, ob sie denn auch wirklich diese oder jene Auskunft benötigen und auch tatsächlich haben müssen, ohne hier gleich von Abschreckungsgebühren sprechen zu wollen. Insofern wird unsere Fraktion auf Grund des Punktes 4 der Anlage 1 dieser vorliegenden Gebührensatzung nicht zustimmen.“

**Herr Prof. Kauffold** war der Auffassung, dass das, was Herr Dr. Kischel sagte plausibel ist, ihn aber auch interessieren würde, was die Verwaltung dazu zu sagen hat, um das zu erklären. Er bat um Beispiele.

**Der Kreistagspräsident** ergänzte: „Lässt es sich konkretisieren oder lässt es sich nicht konkretisieren?“

**Herr Gerth** informierte, dass sich der Kreis an die Satzung des Landes gehalten hat, für alle Fälle die eintreten könnten und deshalb jetzt diese Beispiele nicht hat. Die Kreisverwaltung geht nicht davon aus, dass die Gebühren, die von ihr verlangt werden, in jedem Falle der Höchstbetrag sein wird, sondern nach Erstellung des Bescheides plausibel und nachvollziehbar die Gebühr entsprechend des Aufwandes auszuweisen ist. Die Spannweite der Gebühren ist so weit gestaltet, weil der Aufwand auf Grund des Umfangs der verschiedenen Archive sehr unterschiedlich ist. Im Einzelfall muss die geforderte Gebühr konkret nachgewiesen werden.

Nach Meinung von **Frau Kirchner** muss der Bürger vorher wissen, was er zu zahlen hat.

**Herr Leuchert** teilte mit, dass sich der Landkreis Bad Doberan bei den Gebühren nach dem Informationsfreiheitsgesetz an die Gebührensatzung des Landes angelehnt hat und die Verwaltung den Aufwand, den sie hat, schon ersetzt haben möchte. Es kann dem Bürger nicht in jedem Falle vorher gesagt werden, wie viel Aufwand es bedarf.

16:15 Uhr – Ab diesem Zeitpunkt nahm Herr Zöllig an der Sitzung teil.

**Herr Rhode** fragte nach einer Gebührenkalkulation.

**Frau Fromm** wurde Rederecht eingeräumt. Sie teilte mit, dass die Kreisverwaltung für die Gebühren in der Verwaltungsgebührensatzung eine eigene Kalkulation durchgeführt hat. Für die Gebühren nach dem Informationsfreiheitsgesetz wurde keine eigene Kalkulation durchgeführt. Hier hat sich die Verwaltung nach dem Land gerichtet.

Die Verwaltung hätte 3 verschiedene Gebühren veranschlagen müssen: für den eigenen Wirkungsbereich, für den eigenen Wirkungsbereich nach dem IFG und für den übertragenen Wirkungsbereich nach dem IFG. Zur Vereinfachung wurde jetzt eine gemeinsame Satzung erarbeitet, in die auch die Gebühren nach dem Informationsfreiheitsgesetz eingearbeitet wurden.

Wenn in der Verwaltung erkennbar ist, dass es zu außergewöhnlich hohen Gebühren kommen

sollte, dann ist die Verwaltung gehalten, das zu begründen und den Bürger vorher darüber zu informieren.

**Der Kreistagspräsident** stellte den Antrag auf eine Auszeit , der durch die Kreistagsmitglieder aber abgelehnt wurde.

**Der Kreistagspräsident** ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen:

**Beschluss-Nr. 153 – 17/2007**

**Auf der Grundlage der §§ 92 und 104 Kommunalverfassung (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Juni 2004 (GVOBl. S. 206), zuletzt geändert durch Artikel 3 Verwaltungsmodernisierungsgesetz vom 23.05.2006 (GVOBl. S. 194) und der §§ 1, 2, 4 und 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG M-V) vom 12. April 2005 (GVOBl. M-V, 2005, S. 146) beschließt der Kreistag die beiliegende Satzung nebst Gebühren- und Auslagenverzeichnis.**

Die Kreistagsmitglieder **stimmten** dem Beschlussvorschlag **mehrheitlich** mit 26 Dafür-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **zu**.

**Zu TOP 7.:**

**Beschluss zur gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle mit der Hansestadt Rostock und dem Landkreis Güstrow**

**Herr Gerth** teilte mit, dass der Landkreis Bad Doberan seine originäre Aufgabe der Adoptionsvermittlung auf die Hansestadt Rostock übertragen möchte. Auch der Landkreis Güstrow führt entsprechende Verhandlungen. Die gesetzlich geforderte Mindestausstattung von 2 Vollzeitkräften, die sich über 50 % mit dieser Aufgabe beschäftigen, ist nicht gegeben. Aufgrund der Erfahrungen hat der Mitarbeiter des Landkreises Bad Doberan, der jetzt in den Ruhestand gegangen ist, nur 0,25 % Stellenanteile dafür aufgewendet. Für die Übertragung dieser Aufgabe werden entsprechende Verträge mit der Hansestadt Rostock ausgehandelt.

**Herr Prof. Dr. Kauffold** stellte die Frage nach der Anzahl der Adoptionsanträge im Kreis Bad Doberan.

**Herr Gerth** teilte mit, dass ein Mitarbeiter der Adoptionsstelle über das Jahr gesehen zu 25 % seiner Arbeitszeit mit den Adoptionsfällen beschäftigt gewesen ist. Es wird ermittelt, wie viele Fälle 25 % sind.

**Herr Rhode** wollte wissen, ob mit der Hansestadt Rostock eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen wird, die das dann regelt.

**Herr Gerth** bejahte dies.

**Herr Zöllig** stellte die Frage nach dem Stellenanteil der in Rostock aufgewendet wird und wie sich dies im Landkreis Güstrow darstellt.

**Frau Nitsch** vom Jugendamt wurde nach Abstimmung durch die Kreistagsmitglieder Rederecht eingeräumt.

**Frau Nitsch** informierte darüber, dass die Situation in Güstrow genau so wie in Bad Doberan ist, 0,25 Stellenanteile. Dieser 0,25 Stellenanteil würde dann auch nur in Rostock eingehen. Über wie viele Stellenanteile Rostock verfügt, konnte Frau Nitsch nicht sagen, mindestens aber über 2 Stellen mit 0,51 Stellenanteilen.

Die Fallzahlen liegen im Jugendamt vor. Die Fallzahlen sind sehr unterschiedlich, mal sind es 4, manchmal 8 Fälle, dies ist nicht berechenbar, auch auf die Zukunft gesehen nicht.

**Der Kreistagspräsident** ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss-Nr. 154 – 17/2007**

**Der Kreistag beschließt die Errichtung einer gemeinsamen Adoptionsvermittlungsstelle mit der Hansestadt Rostock mit Sitz in der Hansestadt Rostock. Die Errichtung ist zwischen den Verwaltungen vertraglich zu vereinbaren.**

Die Kreistagsmitglieder **stimmten einstimmig dafür**.

16:35 Uhr – Ende des öffentlichen Teils

**Der Kreistagspräsident** bat alle, die nicht Kreistagsmitglieder sind, den Saal zu verlassen.

.....  
Prof. Dr. Lothar Panicke  
Kreistagspräsident

.....  
Hannelore Rozycki  
Protokollführerin